

Die deutsche Weltpolitik - und wie sie im Inland durchgesetzt wird

Jörg Kronauer

Im Oktober 2013 veröffentlichte die vom Bundeskanzleramt finanzierte "Stiftung Wissenschaft und Politik" (SWP) gemeinsam mit dem "German Marshall Fund of the United States" (GMF) ein umfangreiches Strategiepapier mit dem Titel "Neue Macht - Neue Verantwortung".¹ Das Dokument ist in mehrfacher Hinsicht interessant für eine Antwort auf die Frage, wie die deutsche Weltpolitik im Inland durchgesetzt wird.

Das Papier lässt an inhaltlicher Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig. Die Bundesrepublik besitze zur Zeit "mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland zuvor", heißt es in dem Dokument: "Deutschlands gewachsene Kraft verleiht ihm heute neue Einflussmöglichkeiten. Das ist Anlass für eine Neuvermessung seiner internationalen Beziehungen." Die für nötig erachtete "Neuvermessung" wird denn auch konkret in den Blick genommen. Ausgangspunkt ist dabei die aktuelle "Weltordnung", die sich an den ökonomischen und strategischen Interessen des Westens orientiert. Die USA, die die Fortdauer dieser "Weltordnung" in den vergangenen Jahrzehnten stets garantiert hätten, seien "im Bewusstsein reduzierter eigener Ressourcen" heute "nur noch bedingt gewillt, die internationale Ordnung als globaler Hegemon zu garantieren", heißt es weiter in dem Papier. Die EU sei "zu einer vergleichbaren Rolle derzeit weder gewillt noch imstande". Deshalb müsse Deutschland tätig werden, das bisher, "zumindest im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft, seinem geopolitischen Gewicht und seinem internationalen Ansehen, eher selektiv und zögerlich Gestaltungsangebote gemacht" habe. Die Bundesrepublik sei "eine Gestaltungsmacht im Wartestand". Die Autorinnen und Autoren des Papiers behaupten: "Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen."

Das erste Element, mit dem die deutsche Weltpolitik, wie sie das zitierte SWP-/GMF-Papier beschreibt, im Inland durchgesetzt wird, ist eine durch und durch Orwell'sche Sprache. Das fängt schon beim Begriff "Weltordnung" an. Er bezeichnet ein System, das bestimmten Interessen dient - nämlich den hegemonialen -, anderen Interessen aber schadet - vorzugsweise denjenigen der Unterdrückten. Ein weiteres Beispiel ist der Begriff "Gestaltungsmacht". Er suggeriert, bei der Ausübung von Macht werde - positiv - "gestaltet", nicht repressiv dominiert. Ein solcher Sprachgebrauch verschleierte die realen Gewaltverhältnisse. Das betrifft übrigens alle: die Öffentlichkeit, vor der die Aggressionen des eigenen Staates möglichst verborgen werden sollen, aber auch die Strategen und die Macht ausübenden Personen selbst, denen es die verschleienden Begriffe erleichtern, ganz oder weitgehend ohne störende moralische Bedenken politische oder gar militärische Gewaltoperationen zu planen. Ein Beispiel: Die Rede von "Ordnung" und "Gestaltung" führt in dem zitierten SWP-Papier dazu, dass Staaten weltweit ohne Probleme als "Mitstreiter" (bei der Bewahrung der westlichen "Weltordnung"), als "Herausforderer" oder gar als "Störer" klassifiziert werden können. Dass es legitim sei, gegen "Störer" vorzugehen, ergibt sich aus dem Sprachgebrauch quasi von selbst. Der Begriff "Störer" zeigt darüber hinaus: Wenn es um Gegner oder gar Feinde geht, wird nicht verschleiert, sondern moralisiert. All dies ist nicht neu, aber in der politischen Praxis immer wieder wichtig.

Ein anderer, wichtiger Aspekt des SWP-/GMF-Papiers: An ihm ist von November 2012 bis September 2013 im Rahmen eines Projekts gearbeitet worden, das von der SWP und dem GMF gemeinsam durchgeführt und vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes gefördert worden ist. Beteiligt waren der Leiter des Planungsstabes und weitere Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Vertreter des Bundeskanzleramtes, des Verteidigungsministeriums und des Wirtschaftsministeriums, Bundestagsabgeordnete (unter ihnen Stefan Liebich von der Linkspartei), Vertreter der CDU-nahen Konrad-Adenauer- und der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Dabei waren aber auch eine Mitarbeiterin der Bertelsmann Stiftung, mit Stefan Mair ein Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Martin Jäger von der Daimler AG (Jäger war, bevor er zu Daimler ging, 2005 bis

1 Neue Macht - Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch. Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF). Berlin, Oktober 2013.

2008 Pressesprecher von Außenminister Frank-Walter Steinmeier, ging im September 2013 aus Stuttgart als deutscher Botschafter nach Afghanistan und arbeitet seit dem Sommer 2014 als Sprecher von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble), Tanja Börzel (Politikwissenschaftlerin an der FU Berlin und Geschäftsführende Direktorin des Otto-Suhr-Instituts), Nikolas Busse von der FAZ und Jochen Bittner von der "Zeit". Sogar Wolfgang Grenz, Generalsekretär von Amnesty International, nahm an dem Projekt teil. Das sind Vertreter der deutschen Eliten aus ganz verschiedenen, durchweg aber wichtigen gesellschaftlichen Bereichen. Ihre Einbindung ermöglicht es, sie als Multiplikatoren zu nutzen, um die deutsche Weltpolitik zu stützen und zu propagieren; sie ermöglicht es aber auch, etwaige Reibungspunkte frühzeitig auszuloten. Das Ganze ist ein sehr flexibler Prozess.

Die Einbindung von Teilen des Establishments in die Erstellung des SWP-/GMF-Papiers ist nichts Ungewöhnliches. Ganz im Gegenteil: Solche Einbindungsstrategien werden regelmäßig praktiziert, exemplarisch etwa bei der "Bundesakademie für Sicherheitspolitik" (BAKS). Diese führt zum Beispiel "Seminare für Sicherheitspolitik" durch, die einmal im Jahr abgehalten werden - gestreckt über sechs Monate - und Grundlagen der Außenpolitik vermitteln sollen. Dazu werden ausgedehnte Reisen unternommen und Gespräche mit hochrangigen Personen aus Regierungsbürokratien im In- und Ausland geführt; die Seminare sind hochexklusiv. An ihnen nehmen laut Auskunft der BAKS "Führungskräfte der Exekutive" teil, "idealtypisch auf der Verantwortungsebene eines Referatsleiters", aber auch weitere Personen "aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaft und Gesellschaft". Die Seminare sollen "langfristige Beziehungen zwischen Entscheidungsträgern aus Bundes- und Landesministerien in herausgehobener Verantwortung und maßgeblichen Vertretern der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens" etablieren.² Die mit ihrer Hilfe "gezielt aufgebauten Kontakte" werden anschließend sorgsam gepflegt, nicht zuletzt auf anderen Veranstaltungen der BAKS; es entsteht eine "Strategic Community". Vergleichbare Aktivitäten, die auf den Aufbau außenpolitischer Eliten-Netzwerke zielen, gibt es etwa bei der Hamburger "Körper-Stiftung" mit dem "Körper Netzwerk Außenpolitik" oder auch bei der "Jungen DGAP", einer Art Nachwuchsschmiede der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" (DGAP). Dass derlei Strategien wirksam sind, kann man belegen. So finden sich Inhalte, die man in dem SWP-/GMF-Papier "Neue Macht - Neue Verantwortung" nachlesen kann, in Zeitungsartikeln wieder, die von Teilnehmern des SWP-/GMF-Projekts verfasst worden sind.

Die systematische Einbindung von Teilen der deutschen Eliten aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen macht es prinzipiell möglich, viel geschlossener und energischer vorzugehen, als es mit einer allein durch die Regierungsbürokratien umgesetzten Politik möglich wäre. Die Einbindung ermöglicht die Mobilisierung aller verfügbaren gesellschaftlichen Kräfte, sie ermöglicht zugleich auch die Schwächung oder sogar die Neutralisierung von Widerständen. Ein Beispiel: Es ist wohl kein Zufall, dass ein Abgeordneter der Linkspartei in die Erstellung des SWP-/GMF-Papiers eingebunden wurde. Auf diese Weise dringt die herrschende Außenpolitik in eine Partei ein, die - völlig unabhängig von der Frage, wie man zu dieser Partei steht - bislang in diametraler Opposition zur Berliner Weltpolitik stand. Ein weiteres Beispiel wäre die zahme Rolle der in erheblichem Maße einbindungswilligen Gewerkschaften bei der Durchsetzung von Hartz IV, einer Maßnahme, die - wie man heute weiß - maßgeblich dazu beitrug, dass Deutschland in der EU seine ökonomisch dominante Stellung zementieren und die offene Hegemonie erlangen konnte. Anfang 2009 lobte Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrücklich, die Gewerkschaften hätten mit dazu beigetragen, dass Deutschland auf einem Fundament stehe, "mit dem wir stärker als andere Länder in die Krise hineingehen können - und daraus schöpfe ich auch die Hoffnung, dass wir gestärkt für die Zukunft aus ihr herauskommen werden".³

Zurück zum SWP-/GMF-Papier. Das Dokument enthält eine Passage zur "innerstaatlichen Dimension deutscher Außenpolitik". Darin wird deutlich, dass gesellschaftliche Kräfte weit jenseits der Regierungsbürokratien genutzt und die Bevölkerung für die eigenen

2 Sämtliche Zitate entstammen Dokumenten der BAKS. Zitiert nach: Strategic Community. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56919>.

3 Merkel und Steinmeier umwerben die Gewerkschaften. <http://www.mopo.de/news/gewerkschaften-merkel-und-steinmeier-umwerben-die-gewerkschaften,5066732,5233764.html>.

politischen Vorstellungen gewonnen werden sollen. Wörtlich heißt es: "Deutsche Außenpolitik wird sich weiterhin der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente bedienen, von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt. Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit erfordern aber auch neue Ansätze auf innerstaatlicher Ebene: engere Vernetzung unter den Ressorts, aktivere Zusammenarbeit zwischen Exekutive, Legislative und wissenschaftlichen Institutionen, effektivere politische Kontrolle und engagiertere Kommunikation mit der deutschen Öffentlichkeit."

Weshalb es den außenpolitischen Eliten angebracht zu sein scheint, gerade auch wissenschaftliche Institutionen in den Dienst der deutschen Weltpolitik zu stellen, begründet das SWP-/GMF-Papier ausdrücklich: "In einem komplexeren Umfeld mit stark verkürzten Reaktionszeiten werden auch bessere kognitive Fähigkeiten verlangt. Wissen, Wahrnehmung, Verständnis, Urteilsvermögen und strategische Vorausschau: Das alles kann gelehrt und trainiert werden. Aber es erfordert Investitionen - auf der Seite des Staates, aber auch bei den Universitäten, Forschungseinrichtungen, Stiftungen und außenpolitischen Institutionen. Ziel muss eine 'Denklandschaft' sein, die nicht nur politische Kreativität ermöglicht und pflegt, sondern auch imstande ist, politische Optionen schnell und in operationalisierbarer Form zu entwickeln."

Eine für die deutsche Weltpolitik nützliche "Denklandschaft" ist tatsächlich längst im Entstehen begriffen. Sie geht weit über die klassische Rüstungsforschung oder über die Forschung zu anderen militärischen bzw. militärisch nutzbaren Themen (beispielsweise die Forschung zu PTBS) hinaus. Der Kampf um die Zivilklausel wendet sich dagegen. Aber es geht eben längst nicht mehr nur um Militärisches. Ein plastisches Beispiel gibt es an der FU Berlin. Vor allem der "Sonderforschungsbereich 700" (SFB 700) der FU hat schon vor Jahren Schlagzeilen gemacht. Offiziell beschäftigt er sich mit der Frage: "Wie und unter welchen Bedingungen werden Governance-Leistungen in den Bereichen Herrschaft, Sicherheit und Wohlfahrt in Räumen begrenzter Staatlichkeit erbracht, und welche Probleme entstehen dabei?"⁴ Gefördert worden ist er unter anderem von der SWP. Sein politischer Kontext lässt sich der Eröffnungsrede entnehmen, die Georg Boomgaarden, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt, im Jahr 2007 hielt. Boomgaarden erklärte ganz offen, die vom SFB 700 untersuchten "Länder des Südens" müssten im Falle einer Missachtung "humanitäre(r) Grundregeln" mit der "gewaltsame(n) Intervention der Staatengemeinschaft ... rechnen".⁵ Nebenbei: Die Etablierung von Forschungsprogrammen und Lehrstühlen à la SFB 700 in den universitären Alltag macht diese nicht nur nützlich für die deutsche Weltpolitik, sie etabliert vor allem auch die zugrundeliegenden Herrschaftskonzepte in den Alltag zumindest der universitären Eliten, sie normalisiert diese also.

Ein weiteres Beispiel für diesen Prozess bietet das "Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel" (ISPK). Es hat unter anderem - nach eigenen Angaben auf Initiative eines Brigadegenerals der Bundeswehr - eine Studie zum Thema "Aufstandsbekämpfung" in den Ländern der sogenannten Dritten Welt erstellt und sie bei einer Veranstaltung der DGAP der Öffentlichkeit präsentiert. Der Leiter des ISPK, Joachim Krause, gehört dem Präsidium der DGAP an. Er hat sich mehrfach in öffentlichen Stellungnahmen als einer der entschiedensten Gegner der Zivilklausel exponiert.

Guido Steinberg, ein Mittelost-Experte, der von 2002 bis 2005 im Bundeskanzleramt gearbeitet hat und seitdem für die SWP tätig ist, hat den Wandel, den die deutsche Weltpolitik für die deutschen Eliten mit sich bringt, in einem Interview im Jahr 2009 aus eigener Anschauung recht plastisch beschrieben: "Die Bundesrepublik lernt mit den Erfahrungen der Deutschen in Afghanistan - Militärs und Zivilisten. Wir erleben eine Entwicklung, wie sie im Grunde von den Kolonialmächten im 19. Jahrhundert durchgemacht wurde. Durch die deutsche Präsenz in Krisenregionen und die oft schmerzlichen Erfahrungen dort werden wir gezwungen, uns intensiv mit diesen Ländern zu befassen. Mehr junge Leute

4 Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Das Forschungsprogramm des SFB 700. http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/atas/publikationen/4_artikel_papiere/125/index.html.

5 Georg Boomgaarden: Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit aus außenpolitischer Perspektive. Rede zum Auftakt der Eröffnungskonferenz des Sonderforschungsbereiches (SFB) 700 "Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit". SFB-Governance Lecture Series Nr. 2, März 2007.

befassen sich mit Weltregionen, die bisher wenig Interesse gefunden haben. Neue Studiengänge für Internationale Beziehungen werden eingerichtet. In Deutschland entstehen neue politische und militärische Eliten, die in Zukunft die deutsche Politik mitprägen und ihr etwas von ihrer heutigen Provinzialität nehmen werden."⁶

Das SWP-/GMF-Papier "Neue Macht - Neue Verantwortung" plädiert unter anderem für eine "engagiertere Kommunikation mit der deutschen Öffentlichkeit". Zur Begründung heißt es, es werde "in Deutschland von Gestaltern wie Experten gern beklagt, es fehle der Gesellschaft an außenpolitischem Verständnis. Aber es liegt an ihnen, das zu ändern - denn an Interesse mangelt es nicht. [...] Staatliche Außenpolitik muss deshalb lernen, ihre Ziele und Anliegen effektiver zu kommunizieren, um zu überzeugen". Aktuell nimmt sich insbesondere Bundespräsident Joachim Gauck der "Kommunikation mit der deutschen Öffentlichkeit" an, vor allem seit seiner Rede zum deutschen Nationalfeiertag am 3. Oktober 2013. Darin erklärte Gauck, es mehrten sich "die Stimmen innerhalb und außerhalb unseres Landes, die von Deutschland mehr Engagement in der internationalen Politik fordern".⁷ Deutschland sei "bevölkerungsreich, in der Mitte des Kontinents gelegen und die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt"; er lehne es ab, "dass Deutschland sich klein macht". Vielmehr sehe er, Gauck, "unser Land als Nation, die [...] 'Ja' sagt zu sich selbst". Deutschland sei "keine Insel"; es solle sich künftig stärker als bisher an der "Lösung" globaler Konflikte - auch militärischer - beteiligen.

Gauck hat damit den Startschuss für eine Art PR-Kampagne aus dem deutschen Establishment zugunsten einer neuen Weltpolitik gegeben. Kurz nach seiner Rede wurde das SWP-/GMF-Papier publiziert und in der interessierten Fachöffentlichkeit offensiv propagiert. Anfang November wurden Teile des damals in der Erstellung begriffenen Koalitionsvertrags an die Presse lanciert. In den Passagen hieß es unter anderem: "Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten [...]. Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden."⁸ Es folgten einschlägige Interviews und Äußerungen unmittelbar vor der Münchner Sicherheitskonferenz 2014. Deutschland sei "zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren"⁹, erklärte Außenminister Steinmeier; "Gleichgültigkeit" sei "für ein Land wie Deutschland keine Option"¹⁰, behauptete Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Dann äußerte sich erneut Gauck, der als erster Bundespräsident überhaupt auf der Münchner Sicherheitskonferenz sprach. Deutschland müsse "entschlossener" vorgehen, um den globalen "Ordnungsrahmen [...] zu erhalten und zu formen", verlangte er. Dabei könne "auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein". Dies gelte umso mehr, als gegenwärtig "die einzige Supermacht", die Vereinigten Staaten, "Ausmaß und Form" ihrer globalen Aktivitäten überprüften. Wenn jedoch die USA "nicht ständig mehr leisten" könnten, müssten "Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich" sein. "Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen", äußerte Gauck und nannte den Zweck seines Selbstlobes: "Wer sich selbst vertraut, gewinnt die Kraft, sich der Welt zuzuwenden."¹¹

Auch jenseits der aktuellen Kampagne ist die PR-Tätigkeit des außenpolitischen Establishments umfassend. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die Bundeswehr geht seit Jahren mit dem Strategie-"Spiel" Pol&IS an die Öffentlichkeit, unter anderem auch an Schulen. Was das bedeutet, kann man ermessen, wenn man sich daran erinnert, dass in früheren Zeiten eher Jugendparlamente beworben wurden, um Jugendlichen den diskursiven

6 "Der Iran ist heißer Kandidat für eine geopolitische Umorientierung".

<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/Der-Iran-ist-heiszer-Kandidat-fuer-eine-geopolitische-Umorientierung/20090604> .

7 Bundespräsident Joachim Gauck beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2013 in Stuttgart.

8 Hans Monath: Offensiver Ansatz in der Außenpolitik. <http://www.tagesspiegel.de/politik/aus-den-koalitionsverhandlungen-offensiver-ansatz-in-der-aussenpolitik/9033198.html> .

9 Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz am 1. Februar 2014.

10 Gleichgültigkeit ist keine Option. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/01/2014-01-31-sicherheitskonferenz-vdleyen.html> .

11 "Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen". Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 in München.

Interessenausgleich zu vermitteln. Ein weiteres Beispiel ist die Website www.kinder.diplo.de, die das Auswärtige Amt eigens für Kinder erstellt hat. In der Randspalte finden sich Fragen, zu denen das Ministerium Kindern Antworten anbietet: "Was ist eigentlich... das Auswärtige Amt? ...ein Botschafter? ... die Nato? ... Globalisierung? ... ein Diktator?" In der Rubrik "Frieden" (die Friedenstaube, die dort abgebildet ist, hat einen Helm auf) heißt es: "Heute wollen wir dabei helfen, dass auch andere Staaten auf anderen Kontinenten in Frieden leben können". Deshalb "schickt Deutschland hin und wieder Friedenstruppen in andere Länder. Das tun wir zusammen mit vielen befreundeten Staaten".¹² Auf diese Weise trichtert das Auswärtige Amt schon Kindern ein, dass man halt gelegentlich militärisch intervenieren müsse.

Ein weiteres Beispiel: Im Juni 2013 veranstaltete die BAKS ihr erstes "Deutsches Forum Sicherheitspolitik". Es befasste sich mit den "strategischen Konsequenzen für Deutschland", die sich aus den "globalen Veränderungen" ergäben: mit dem Klimawandel, mit "Migrations- und Flüchtlingsströme(n)", mit der "Verknappung von Ressourcen".¹³ Als Referenten traten die Minister für Äußeres, für Inneres und für Verteidigung auf; prominenter kann man eine Veranstaltung kaum besetzen, wenn man nicht gerade einen Papst zur Verfügung hat. Mit dabei waren einflussreiche Journalisten wie Klaus-Dieter Frankenberger und Stefan Kornelius, die Außenpolitik-Ressortleiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Süddeutschen Zeitung. Und damit die Veranstaltung auch den gewünschten Effekt erzielen konnte, wurde sie für die Öffentlichkeit übertragen - durch die staatsfinanzierte Deutsche Welle.

Ein letztes Beispiel: Das Auswärtige Amt startet im Frühjahr 2014 ein PR-Projekt mit dem Titel "Review 2014 - Außenpolitik Weiter Denken". In der Beschreibung des Projekts, für das der Planungsstab des Ministeriums verantwortlich ist, heißt es: "Die Welt verändert sich in rasantem Tempo. Die Globalisierung und der Aufstieg neuer Mächte haben seit dem Ende des Kalten Krieges zu einer 'neuen Unübersichtlichkeit' in der internationalen Politik geführt. Was bedeutet das für deutsche und europäische Außenpolitik? Dieser Frage in einer breiten öffentlichen Debatte nachzugehen, ist Ziel von 'Review 2014 - Außenpolitik Weiter Denken'." Die weiteren Äußerungen in der Projektbeschreibung fügen sich bruchlos in die Kampagne ein, die mit der Rede des Bundespräsidenten zum deutschen Nationalfeiertag 2013 begonnen hat und unter anderem durch das SWP-/GMF-Papier "Neue Macht - Neue Verantwortung" begründet und gefördert wird: "Das Nachdenken über Außenpolitik gehört, wie der Bundespräsident in seiner Münchener Rede angemahnt hat, in die Mitte der Gesellschaft. Das Projekt 'Review 2014' [...] ist bewusst darauf angelegt, einen breiten Dialog mit Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft zu ermöglichen, um Anstöße und Einsichten jenseits der innerministeriellen Diskussion zu gewinnen. Unsere Fähigkeit, außenpolitisch wirkungsvoll zu handeln, hängt entscheidend davon ab, dass wir hier in Deutschland Verständnis finden für den Wert und für die Instrumente der Diplomatie." Konkrete Schritte werden angekündigt: "Im Sommer und Herbst wird in verschiedenen deutschen Städten auf Veranstaltungen mit Vertretern der Zivilgesellschaft kontrovers über internationale Themen debattiert."¹⁴ Man wird beobachten müssen, inwieweit die PR-Strategie aufgeht - und inwieweit sich Widerstand regt.

12 Friede - Freude, Eierkuchen? <http://www.kinder.diplo.de/Vertretung/kinder/de/Frieden/Frieden.html> .

13 Zitiert nach: <http://www.dfs.bund.de/> .

14